

in Anlehnung an die Resolution des Kreistages:

Resolution des Rates der Samtgemeinde Elbtalaue zum  
Atommülltransport nach Gorleben im November 2008

Der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg hat in der Vergangenheit etliche Resolutionen gegen die Gorlebener Atomanlagen und die dorthin durchgeführten Atommülltransporte beschlossen. Diesen schließt sich der Rat der Samtgemeinde Elbtalaue an.

Die Samtgemeinde Elbtalaue bekräftigt nochmals ihre ablehnende Haltung zu den Atomanlagen und Transporten nach Gorleben:

Art und Umstände auch des jüngsten Transportes sind die Ursache von Schäden für das Demokratieverständnis, Gesundheitsgefährdungen und materielle Schäden.

Fast 300 Ingewahrsamnahmen von Personen, über 700 Personalienfeststellungen, 2500 Platzverweise (viele davon gegen Einheimische), die Beschlagnahmung von 50 Traktoren und der Einsatz von 18000 Polizeikräften zeigen das Ausmaß der Unverhältnismäßigkeit der Umstände und Maßnahmen rund um den Transport.

Der Rat der Samtgemeinde Elbtalaue stellt fest, dass der Atommülltransport 2008 vom bisher friedlichsten Protest begleitet wurde

Der Rat der Samtgemeinde Elbtalaue verurteilt Einsatzpraktiken der Polizeikräfte, die eindeutig das Gebot der Verhältnismäßigkeit verletzen. Die eingesetzten Mittel entsprachen oft nicht dem Gebot der Erforderlichkeit, der Geeignetheit und der Angemessenheit:

~~So wurden vielfach Gelenke verdreht, gesundheitsgefährdende Griffe am Kopf angewandt, SEKs verfolgten und schlugen Menschen im Dunklen in den Waldgebieten außerhalb des „Verbotskorridors“ und Wasserwerfer wurden noch nach Passieren der Behälter eingesetzt. Zudem kam es zu verbalen und sexistischen Übergriffen und Nötigungen.~~

Der Transport von Atommüll nach Gorleben 2008 mit 11 Französischen Behältern des Typs TN 85 verstieß gegen das gesetzliche Minimierungsgebot und führte zu unnötiger radioaktiver Belastung von Bevölkerung und Begleitpersonal; vorgenommene Messungen sind nur stichprobenartig durchgeführt worden; neuere wissenschaftliche Erkenntnisse blieben unberücksichtigt.

Der Rat der Samtgemeinde fordert deshalb:

- Alle 2008 genutzten Behälter sind sofort von einer unabhängigen Institution nachzumessen und die Werte zu veröffentlichen.
- Die Wirkungsfaktoren für Neutronenstrahlung sind den wissenschaftlichen Erkenntnissen anzupassen und zu erhöhen.
- Für alle Transportbehälter sind vor der Zulassung Falltests mit Behältern in Originalgröße durchzuführen.
- Dementsprechend sind alle Transporte von HAW nach Gorleben auszusetzen, da diese Forderungen nicht erfüllt sind.

Äußerungen u.a. von den Ministern Gabriel und Sander, zukünftig für höchstmögliche Sicherheit und Transparenz für Betroffene zu sorgen, müssen hier als Prüfstein gelten.